

# ceterum censeo

## Fazit des 1. Mai: Geschlossen und kraftvoll

Kampf dem Atomtod, für eine Gipfelkonferenz zur Entspannung der internationalen Lage, für eine Konföderation beider deutscher Staaten — das waren Losungen, unter denen die werktätige Bevölkerung unserer Republik am 1. Mai dieses Jahres ihre Verbundenheit mit der Politik unserer Arbeiter- und Bauern-Regierung demonstrierte. Das Bekenntnis für Frieden und Sozialismus war eindeutig.

Für uns, die Angehörigen der Karl-Marx-Universität, wurde der 1. Mai zum Kampftag für die sozialistische Umgestaltung der Universität. Wie jedes Jahr wurde der Tag auch diesmal mit dem Appell der Parteiorganisation der Karl-Marx-Universität eröffnet. 3000 Genossen und aktive Parteilose trafen sich um 6 Uhr früh in Lindenau. In ihrem Demonstrationzug durch Lindenau und Plagwitz drückten sie ihre Verbundenheit zur werktätigen Bevölkerung des Leipziger Westens aus. Die Straßen hallten von den Schallmelodien vieler Pausenlos ertönten Kampflieder. Die Begeisterung, aus der heraus immer neue originelle und treffende Sprechchöre erfunden wurden, steckte auch die Bevölkerung an. Dieser Marsch war ein kämpferischer Höhepunkt in der Geschichte unserer Parteiorganisation.

Aber auch die große Demonstration der Universität unterschied sich in diesem Jahr vorteilhaft von den vergangenen und zeugte von dem ideologischen Wachstum der Universität. Das drückte sich äußerlich im Anwachsen der Teilnehmerzahl auf annähernd 12.000 aus. Aber dieses Anwachsen ist nicht nur quantitativ zu werten, sondern

vor allem qualitativ. Die Teilnahme zahlreicher parteiloser Wissenschaftler demonstriert ihre Bereitschaft, durch Forschung und Lehre mitzuwirken, die Studenten zu sozialistisch denkenden und handelnden Menschen zu erziehen. Das qualitative Wachstum zeigte sich auch darin, daß die Demonstration straff und diszipliniert verlief, daß die mitgeführten Losungen konkrete Verpflichtungen zur Vorbereitung des V. Parteitages und zur Verwirklichung des Programms zur weiteren sozialistischen Entwicklung der Karl-Marx-Universität enthielten. Und in allem wurde die Begeisterung deutlich, mit der sich besonders die Studenten auf diesen Tag vorbereitet hatten. Überall trat der sozialistische Jugendverband aktiv in Erscheinung. Besonders hervorzuheben sind die Medizinische Fakultät, die Landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät und die Veterinärmedizinische Fakultät durch ihre einfallsreiche Ausgestaltung des Demonstrationszuges, während sich die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten zu sehr in ausgefahrenen Gleisen bewegten. Vor allem die Historiker, die als Schluß des Universitätsmarschblocks einen Höhepunkt bieten sollten, hätten sich ruhig etwas mehr Gedanken machen können.

Ziehen wir das Fazit aus diesem 1. Mai, so ergibt sich, daß die Angehörigen der Universität mit Freude und Konsequenz an der sozialistischen Umgestaltung der Universität arbeiten. Das haben sie durch ihr diszipliniertes Auftreten, ihre eindrucksvolle und klare Ausgestaltung und ihre begeisterte Anteilnahme kund getan.

Prof. Dr. Uebermuth:

## Die Widerstandskraft wird sich vergrößern

Bekanntlich übermüdete vor einigen Wochen eine Delegation unter Leitung von Magnifrenz die Erklärung des Senats der Karl-Marx-Universität gegen die Bonner Atomkriegsvorbereitungen der westdeutschen Rektorenkonferenz. Dieser Delegation gehörte auch der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Uebermuth an. Spezialist für gewählte uns folgendes Interview:

Frage: Wie schätzen Sie, Herr Professor, den Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Atomkriegsvorbereitung der Adenauer-Regierung ein?

Antwort: Ich habe anlässlich meiner letzten Reise in Westdeutschland keinen Menschen angetroffen, der nicht den Schrecken einer Politik begriffen hätte, die die Vorbereitung der atomaren Aufrüstung und kaum vorstellbare Verwüstungen unserer Heimat in sich schließt. Aber Ausprägungen der Allgemeinheit als Einzelstimmen verhalten so lange ungehört, bis sie nicht durch einsatzbereite Führung in machtvollen Formen übergeführt werden, wie es zunächst eine Volksbefragung sein wird. Die Zahl der Bundesländer, die Städte und Gemeinden, die trotz aller Drohungen Adenauers mit dem Bundesgericht und mit gerichtlicher Verfolgung der Führenden wegen angeblichen Verstoßes gegen das Grundgesetz die Volksbefragung vorbereiten und durchführen werden, nimmt ständig zu. Es ist deshalb die Hoffnung noch immer nicht aufzugeben, daß es diesem wachsenden Widerstand gelingt, der Bonner Regierung noch in letzter

Stunde in den Arm zu fallen. Sie versucht die Volksbefragung damit abzuwürgen, daß diese im Grundgesetz nicht vorgesehen sei. Gerade diese durchsichtige Flucht hinter Paragraphen wird, davon bin ich überzeugt, die allgemeine Widerstandskraft aufs stärkste erhöhen.

Frage: Was können die Universitätsangehörigen nach Ihrer Meinung tun, um den Kampf gegen die Bonner Atomkriegspläne zu unterstützen?

Antwort: Erklärungen, sowohl des einzelnen wie gesamter Körperschaften unserer Universitäten und Akademien, mit dem Inhalt leidenschaftlicher Kampferbundenheit gegen die atomare Aufrüstung werden schon seit Wochen nach Westdeutschland abgegeben. Diese sind zumeist nicht ohne Beachtung geblieben, wie es die Bezugnahme auf sie durch verschiedene Redner bei der seinerzeitigen großen Bundestagsdebatte beweist. Sind diese Erklärungen doch Rufe aus tiefer Besorgnis um den Bestand der deutschen Nation, jedem Deutschen aus dem Herzen kommend und unabhängig von politischen und weltanschaulichen Bindungen. Hinzu kommt für uns Hochschullehrer die Aufgabe, unseren jungen Studierenden dabei zu helfen, die Zusammenhänge schicksalsschwerer Verflechtung für unser Vaterland klar zu sehen, sich falschen Parolen gegenüber zu verschließen und sich in die allgemeine Abwehr gegen die atomare Aufrüstung einzureihen.

Zweihundert Lehrerstudenten, Delegierte unserer Universität und Gäste von fast allen Universitäten und Pädagogischen Instituten der DDR, kamen am 3. Mai zur ersten Konferenz der Lehrerstudenten der Karl-Marx-Universität zusammen. Gemeinsam mit der FDJ-Hochschulgruppenleitung, die diese Konferenz veranstaltet hatte, und Vertretern der mit der Volksbildung beauftragten Institutionen wurde beraten, wie die Ausbildung der Lehrerstudenten verbessert werden kann. Es ist zu bedauern, daß ein Teil der eingeladenen Direktoren der Institute, die Lehrerstudenten ausbilden, an dieser wichtigen Konferenz nicht teilnahmen. Sie sind damit um eine Fülle guter Anregungen gekommen.

Werner Gerbeth, Mitglied des Zentralrats der FDJ, wies im Referat auf die Anforderungen hin, die die Arbeiter- und Bauern-Macht an den Lehrer stellt. Der sozialistische Lehrer zeichnet sich dadurch aus, daß er eng mit der Arbeiterklasse verbunden ist, sich ihre Weltanschauung angeeignet hat und sie anwendet, daß er durch sein Vorbild die Schüler zu hochgebildeten sozialistischen Menschen erzieht die ihre Ehre darin sehen, der sozialistischen Gesellschaft zu dienen. Der Lehrer erfüllt seine Aufgabe, wenn er als Funktionär des Arbeiter- und Bauern-Staates überall die sozialistische Bewusstseinsbildung fördert und so entscheidend am Aufbau des Sozialismus beiträgt.

Die Diskussion bewies jedoch, daß die Erziehung und Ausbildung der jungen Menschen, die diesen verantwortungsvollen Beruf gewählt haben, an unserer Universität manches zu wünschen übrig lassen.

Universitätszeitung, 17. 5. 1958, Seite 2

# Grundpraktikum auf LPG verlegen

## Einfähriges Praktikum der Landwirte muß Anforderungen der sozialistischen Praxis entsprechen

Genosse W. Ulbricht formulierte in seiner Antwortrede vor den Wissenschaftlern am 21. April 1958 in Halle, daß „im Prozeß der Entstehung der sozialistischen Gesellschaftsordnung tatsächlich die Lehreinrichtungen, das Ausbildungssystem und die Methoden und Organisationsformen der Forschung ständig überprüft werden, damit sie den Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung angepaßt sind.“ Unter diesem Gesichtspunkt muß auch das einjährige Grundpraktikum an den Landwirtschaftlichen Fakultäten überprüft und verändert werden.

Zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Republik und der gegenwärtigen Durchführung des Grundpraktikums haben sich eine Reihe Widersprüche herausgebildet. Die erzieherische Funktion des Praktikums wird nun ungenügend zur sozialistischen Bewusstseinsbildung ausgenutzt. Die Zielsetzung in der praktischen Ausbildung ist noch auf die bäuerliche Wirtschaft ausgerichtet. Die Praktikanten werden auf volkswirtschaftlichen Gütern ausgebildet, nach dem Studium aber vorwiegend auf den nunmehr bestehenden LPG eingeweiht. Um diese Widersprüche zu überwinden, ist es notwendig, ein fest umrissenes Erziehungs- und Ausbildungsziel für das Grundpraktikum zu formulieren. Es muß enthalten:

### Praxis verlangt Kenntnis beider Seiten des Fachwissens

1. Der Student wird im Grundpraktikum zum sozialistischen Landwirtschaftsstudenten erzogen, der eng mit unserem Arbeiter- und Bauern-Staat verbunden ist. Klarheit über die Agrarpolitik unserer Regierung besitzt und bereit ist, all seine Kräfte vorbehaltslos für die sozialistische Umgestaltung unserer Landwirtschaft einzusetzen.

Das heißt: Die Studenten müssen sich bereits während des Grundpraktikums (1. Studienjahr) begreifen, daß ihr Fachwissen zwei Seiten besitzt, die sich aus dem Produktionsprozeß ergeben — die politisch-ökonomische und die naturwissenschaftlich-technische Seite. Fehlt eine dieser Seiten, kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß der Student oder

Diplom-Landwirt den Ansprüchen unserer sozialistischen Praxis entspricht. Ausdruck des Begreifens dieser wichtigen Erkenntnis ist die gute politische Arbeit, die der Student nach Ableistung seines Grundpraktikums in den folgenden Studienjahren an der Fakultät und nach Abschluß seines Studiums in der sozialistischen Praxis leistet.

2. Der Student wird im Grundpraktikum mit den Handfertigkeiten, die ein Diplom-Landwirt in der sozialistischen Landwirtschaft beherrschen muß, vertraut gemacht.

Das heißt: Die Ausbildung muß sich auf das Neue, den Traktor und die Maschinenarbeit konzentrieren, nicht auf das Pferd und die Handarbeit. Unsere Genossenschaftsbauern verlangen nicht, daß unsere Landwirtschaftsstudenten und Diplom-Landwirte ihnen zeigen, wie mit Pferd und Sense umgegangen wird. Das betrieblische sie selbst viel besser. Sie verlangen aber mit Recht, daß die Kader der sozialistischen Landwirtschaft mit der modernen Technik vertraut sind und sie beherrschen.

Die Verwirklichung dieser hier dargelegten Zielsetzung erfordert eine Änderung der Ausbildungspläne und damit eine Änderung des Charakters der Prüfungen im Grundpraktikum, ferner eine Verbesserung der erzieherischen Tätigkeit durch die Ausbildungsleiter.

Im Programmwurf der Grundorganisation der SED an der Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät zur sozialistischen Umgestaltung der Fakultät ist dazu formuliert: „Als Ausbildungsleiter müssen qualifizierte Diplom-Landwirte arbeiten, die neben gutem handwerklichem Können über ausreichende politische Erfahrungen verfügen.“ In gemeinsamer Arbeit mit der Partei und FDJ müssen sie die Praktikanten zu aufrichtigen Sozialisten erziehen.“

An der Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Karl-Marx-Universität sind sich noch nicht alle Ausbildungsleiter ihrer hohen erzieherischen Verantwortung bewußt. In der Praktikumsgruppe des Universitätsgutes Großpörsen mußten fortgeschrittene Praktikanten mit dem Ausbildungsleiter diskutieren, um ihn davon zu überzeugen, daß er seinen erzieherischen Einfluß geltend zu machen hat. Die Verwirklichung der Forderung im Programm-

wurf: „In Verbindung mit der Abt. Marxismus-Leninismus werden durch die Ausbildungsleiter Seminare für Grundfragen der Politik und zur Agrarpolitik mit den Studenten durchgeführt“, stellt den Ausbildungsleitern die Aufgabe, sich offen für unsere sozialistische Staat zu entscheiden und ihre ganze erzieherische Kraft vorbehaltslos in den Dienst der sozialistischen Erziehung zu stellen.

### Höhere Stufe des Grundpraktikums

Die LPG und die Brigaden der MTS müssen in Zukunft die materielle Basis im Erziehungs- und Ausbildungsprozeß bilden. Durch die sozialistische Praxis in den LPG wird nicht nur die erzieherische Arbeit der Ausbildungsleiter unterstützt, sondern nur auf den LPG ist in enger Verbindung mit den Brigaden der MTS die Erreichung des Erziehungs- und Ausbildungszieles möglich. Daraus ergibt sich die Aufgabe sofort mit der Verlegung des Praktikums auf LPG zu beginnen. Die Argumente „Die LPG sind wirtschaftlich noch zu schwach“, „Die Probleme der LPG, besonders die innergenossenschaftliche Demokratie halten die Praktikanten von ihren Aufgaben ab“, „Die produktive Tätigkeit der Studenten durch die Ausbildung schafft auf die VEG Werte, die dem ganzen Staat nur gute kommen, auf den LPG aber, Charakter des Gruppeneigentums entsprechend, nur einer Gruppe von Menschen“, zeugen von einer großen politischen Unkenntnis und wurden bisher ins Feld geführt, um die Ausbildung auf den LPG zu verhindern.

Das Zusammenwirken von verändertem Ausbildungsinhalt auf LPG und den MTS-Brigaden ist der unabweisbare sozialistische Erziehung der Studenten durch die Genossenschaftsbauern, Traktorenisten und dem Ausbildungsleiter löst die bestehenden Widersprüche in der Erziehung und Ausbildung und hebt das Grundpraktikum auf eine qualitativ höhere Entwicklungsstufe.

Dipl. agr. Oskar Felsch

# DEBATTE

Das Aktiv und die Mitglieder der Senatsgruppe Germanistik IV/1 geben zu dem über Margot Tag in der „Universität“ geführten Diskussion eine abschließende Erklärung ab. Wir sind der Auffassung, daß die von uns geführte Auseinandersetzung über unsere Gruppe von Bedeutung für alle FDJ-Gruppen

## Kein Diplom für Margot Tag

stzt, in denen es Studenten mit ähnlichen Anschauungen gibt, wie sie Margot Tag zeigt.

1. Bereits im Februar, als die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Beurteilung der Examenkandidaten geführt wurden, erklärte das Gruppenaktiv, daß Margot Tag die für eine kulturpolitische Funktion unerlässlichen Voraussetzungen gegenwärtig nicht erfüllt. Wir halten es für notwendig, Margot Tag zur persönlichen Bewährung in der Produktion einzusetzen.

2. Da ihre weltanschauliche und politisch-politische Haltung nach vierjährigem Studium an einer Universität des Arbeiter- und Bauern-Staates unvereinbar mit dem Einsatz auf ideologisch-erzieherischem Gebiet ist, wäre es unanständig, ihr gegenwärtig dennoch einen akademischen Abschluß zu gewähren. Das Diplom eines sozialistischen Hochschullehrers gebührt nur solchen Studenten, die sich verpflichtet fühlen, ihr Wissen und ihre Persönlichkeit vollständig für die Sache des Sozialismus einzusetzen.

Die sozialistische Hochschule verweigert Studenten aus ihrer Mitte, noch nicht konsequent auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Sie hat von jedem Studenten zu erwarten, daß er sich im Laufe seines Studiums um sozialistischen Standpunkt bemüht und die Sache der Arbeiterklasse seine Kraft einsetzt. Wenn ein Student erstens einen maximalen Bekanntheit für sozial-politische Zielsetzung trotz einer formellen Anerkennung der sozial-ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus die praktische politische Tat für sich als untergeordnet und nicht dem primären Zweck der Hochschule entsprechend betrachtet, schließlich sich selbst aus der Gemeinschaft der sozialistischen Hochschule aus, fällt der Margot Tag durch ihre Anschauungen hindert, die Politik des Arbeiter- und Bauern-Staates durch die politische Tat zu unterstützen, so muß sie erwarten, daß der Arbeiter- und Bauern-Staat das Hochschuldiplom versagt.

Der gleichen Konsequenz unterliegt die Auffassung, die Wissenschaft sei der Kontemplation unterzuordnen.

Da durch ideologische Diskussionen (trotz der Berechtigung, die Margot Tag durch an ihr geübten Kritik zuerkennen) zum Ende des Semesters eine Aenderung ihrer Ansichten unmöglich und unwahrscheinlich ist, sind wir der Ansicht, daß Margot Tag nicht zum Staatsexamen zugelassen werden kann.

Falls sich Margot Tag in der sozialistischen Produktion bewährt, sollte sie dem immatrikuliert werden ihre veränderte Einstellung in der FDJ-Organisation festzulegen und ihr Studium zu beenden das Ablegen des Staatsexamens zu schließen.

Jochen Schädlisch, FDJ-Gruppensekretär



Voller Aufmerksamkeit folgten die ausländischen Kommissionen am 5. Mai in der Messehalle den Ausführungen von Magnifrenz über die Entwicklung unserer Universität. Foto: Zemanbild

# Lehrerstudenten sind nicht fünftes Rad

## Forderung der Lehrerstudenten: Intensiveres Grundlagensstudium und engere Verbindung zur Praxis

Ueber die Situation am Mathematischen Institut berichtete Hans-Jürgen Ueberfuhr. Drei Gründe sah er dafür, daß ein Teil seiner Kommilitonen noch nicht fähig ist, als Lehrer zu arbeiten. Die Auswahl der Studenten, die als Lehrer ausgebildet werden sollen, geschah durch das Prozedere für Studienangelegenheiten nicht sorgfältig genug. So war z. B. im 1. und 2. Studienjahr nicht festgelegt worden, wer von den Studenten Lehrer wird. Dieses Versäumnis will man nun nach dem 2. Studienjahr nachholen. Inzwischen bereiten sich die guten Studenten auf die Laufbahn als Diplomanden vor. Sollen die schlechten etwa Lehrer werden?

### Lehrerausbildung nebenbei?

Durch das ungenügende Studium des Marxismus-Leninismus ist ein Teil der Studenten noch mit kleinbürgerlichen Auffassungen behaftet. Sie geben sich mit der formalen Kenntnis einiger Grundsätze des Marxismus-Leninismus zufrieden und haben die Rolle des Lehrers noch nicht voll begriffen. Ein intensiveres, über vier Jahre dauerndes Studium des Marxismus-Leninismus ist deshalb dringend erforderlich. Jugendfreund Ueberfuhr kritisierte, daß der Lehrkörper des Instituts es oft noch an genügendem positiven Einfluß fehlen läßt. Charakteristisch sei die Ausprägung eines Wissenschaftlers, daß die Lehrerausbildung „nebenbei“ erledigt werde. Nachdrücklich forderte er im Namen seiner Freunde einen besseren Studienplan, der Wissenschaft und Schule fruchtbar verbindet. Also mehr pädagogische, psychologische und methodische Ausbildung, mehr schulpflichtige Übungen, ein produktiveres Sommerpraktikum, um polytechnisches Wissen anzueignen zu können.

In der Entscheidung der Konferenz heißt es u. a.: „Große Sorge bereitet uns Lehrerstudenten die Tatsache, daß der Ausbil-

dung in den Einzelfächern unserer speziellen Belangen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, so daß wir von den Einzelfächern nicht genügend auf die Praxis orientiert werden und teilweise unser Kenntnisse aneignen müssen, die der Spezialist dieses Faches haben kann, die der Lehrer aber nicht benötigt. Deshalb bitten wir, daß die Herren Institutsdirektoren unter Hinzuziehung von Lehrern mit uns gemeinsam beraten, wie der Stoff besser auf die Schulpraxis zugeschnitten werden kann.“ Eberhard Lippold vom Slavischen Institut illustrierte dies durch ein Beispiel: Die Studenten der Gruppe III 8 (Oberstufe) haben bei Herrn Dr. Kirchner ein zweistündiges Seminar zur Geschichte der russischen Sprache. In diesem Seminar übersetzen und analysieren sie kirchenslavische und altrussische Bibeltexte aus dem Johannisevangelium. Da den Studenten, die begrifflicherweise nicht bibelfest sind, die Übersetzung schwerfällt, rief Dr. Kirchner, das Neue Testament in deutscher Sprache zu Hilfe zu nehmen. Angeblich soll dies zum Verständnis grammatischer Formen dienen. Lebhaft stimmten die Konferenzteilnehmer Eberhard Lippold zu, als er forderte, solche „grammatischen Bibelstunden“ abzuschaffen und eine vernünftige Aufteilung der Stundenzahl vorzunehmen: Nicht zehn Stunden Theorie und vier Stunden Sprachübungen (wie es noch vor kurzem war), sondern mindestens sechs Stunden Sprachübungen. Er schlug vor, daß in Ueberblicksvorlesungen vom 1. bis 5. Studienjahr die Sprachwissenschaft, die russische Literatur, vor allem aber die Sowjetliteratur behandelt werden.

Keine Selbstzufriedenheit mit sich und der Ausbildung, kritisches Urberprüfen des gegenwärtigen ideologischen und fachlichen Standes der Lehrerstudenten und des erzieherischen Einflusses der Lehrer — das machte den Geist der Konferenz aus. Sicher hat Herr

Dr. Claus vom Institut für Psychologie den Beweggrund der Kritik der Jugendfreundin Röhre an seiner Vorlesung verstanden. Die sozialistischen Lehrerstudenten wollen sich nicht mit psychologischen Spielereien beschäftigen. Sie streben danach, gründlich solches Wissen zu erwerben, das sie befähigt, junge Menschen zu erziehen, die in der sozialistischen Praxis ihren Mann stehen. Sie haben deshalb mit Genugtuung die Entscheidung Dr. Claus aufgenommen, sich künftig auf sowjetische Literatur zu orientieren und endlich die Praktika durchzuführen.

### Diskussionsstoff nicht nur für Lehrergruppen

Die Entscheidung dieser Konferenz ist gut durchdacht. Es wäre zu begrüßen, wenn alle Wissenschaftler, die Lehrerstudenten ausbilden, sie zur Hand nehmen und wenn alle FDJ-Gruppen von Lehrerstudenten sich darüber aussprechen. Sie gibt ein Bild vom künftigen Lehrer, nennt die Anforderungen und wies Wege, wie sozialistische Lehrer zu erziehen sind: durch intensives Studium des Marxismus-Leninismus und durch enge Verbindung mit der sozialistischen Praxis. In der Entscheidung wird festgestellt: Zum Lehrer gehört ein großes Maß an Liebe zum Beruf, Begeisterung für die Ideen des Sozialismus. Die Konferenz bewies, daß viele unserer Lehrerstudenten diese Eigenschaften bereits besitzen. Partei, Jugendverband — und nicht zuletzt der Lehrkörper müssen es als dringende Aufgabe betrachten, die sozialistische Ausbildung der künftigen Erzieher zu verbessern.